

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren,

da unser Fraktionsvorsitzender verhindert ist, ist es also nun meine Aufgabe, die Haushaltsrede der UWG zu halten, was ich hiermit gerne tue.

Bevor wir über den Haushalt der Gemeinde Wenden reden, lassen Sie mich einige Worte über die derzeitige Gesamtsituation verlieren. Seit über einem Jahr bestimmt die Coronapandemie unser Leben. Nicht nur, dass das öffentliche Leben, jetzt auch nochmals stark eingeschränkt wird, auch weite Teile der Wirtschaft leiden unter der Pandemie und haben keine oder so gut wie keine Einnahmen mehr. Ob der durch die Bundes- und die jeweiligen Landesregierungen gesteuerte Weg immer so richtig war, sei jetzt erst mal dahingestellt. Tatsache ist, dass große Teile der Wirtschaft mit Abermilliarden von Steuereuros subventioniert werden müssen. Übrigens in Größenordnungen, die für die Meisten schlicht unvorstellbar sind. Das Bundesfinanzministerium hat diese Kosten für 2020 und 2021 auf 1,446 Billionen Euro geschätzt. Billion, das ist übrigens eine 1 mit 12 Nullen, also 1.000 Milliarden Euro! Wenn man bedenkt, wofür früher mal alles kein Geld zur Verfügung stand..., aber das ist ein anderes Thema. Und wir sind noch nicht am Ende der Pandemie.

Tatsächlich ist es so, dass auch der Haushalt der Gemeinde Wenden von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona Pandemie erheblich betroffen ist.

Da ist einmal die Entwicklung der Gewerbesteuer, die – zugegeben- zwar aktuell noch positiv ist, jedoch in der Folge schwer einzuschätzen ist.

Zum anderen ist da aber auch mittelbar die Beteiligung an den Kosten für die Grundsicherung und andere Sozialausgaben über die allgemeine und über die differenzierte Kreisumlage.

Mit fast 17,4 Millionen Euro ist sie der größte Kostentreiber im Haushalt der Gemeinde Wenden und steigt im Vergleich zum laufenden Jahr 2021 sogar um rd. 1,25 Mio. Euro. Nur zum Vergleich: Vor 5 Jahren lagen wir noch bei rd. 13,2 Mio. €! Ich möchte mir gar nicht ausmalen, wohin die Reise geht, wenn sich die Entwicklung der letzten Jahre sich fortsetzt.

Die Bürgermeister und Kämmerer konnten zwar keine signifikanten Einsparpotenziale im Kreishaushalt lokalisieren. Insgesamt stellt sich jedoch, insbesondere im Bereich der sozialen Hilfen, die Frage nach einer adäquaten Finanzausstattung der kommunalen Akteure, um die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Alleine im Bereich der Jugendhilfe sind im Kreishaushalt Mehrbedarfe von fast 3,2 Mio. Euro zu verzeichnen. Der Bereich der Sozialleistungen verzeichnet Mehrbelastungen in Höhe von 1,365 Mio. Euro. Hier muss im politischen Diskurs die auskömmliche Gegenfinanzierung der gesellschaftlichen Herausforderungen und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips eingefordert

werden! Doch reichen bloße Lippenbekenntnisse nicht aus! Hier sollte man auch auf übergeordneter Ebene einmal über die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde nachgedacht werden.

Doch komme ich nun zum eigentlichen Haushalt der Gemeinde Wenden.

Der Entwurf des Ergebnisplans (vor Veränderungsliste) enthält ordentliche Aufwendungen in Höhe von 47.174.870 Euro und ordentliche Erträge in Höhe von 45.434.890 Euro. Hinzu kommt ein Finanzergebnis von 124.700 Euro sowie ein außerordentliches Ergebnis von 1.520.600 Euro, *letzteres kommt aufgrund der Taschenspielertricks des Landesgesetzgebers, der die jährlichen Corona-Schäden als Ertrag behandelt, zustande und schön das Ergebnis.* Insgesamt ergibt sich für das Haushaltsjahr 2022 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 94.680 Euro, nach Veränderungsliste nunmehr von rd. -211 Tsd. €, welches jedoch durch den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden kann. *Kleiner Hinweis: Ohne den Taschenspielertrick läge der für 2022 geplante Jahresverlust bei rd. 1,8 Mio. €.*

Nach dem positiven Jahresergebnis 2020 und dem für 2021 erwarteten Überschuss von voraussichtlich fast 3 Mio. € erhöht sich die Ausgleichsrücklage zum 31.12.21 voraussichtlich auf 27,7 Mio. Euro. Die allgemeine Rücklage beläuft sich auf 87,6 Mio. Euro. Eckdaten, die eigentlich optimistisch stimmen sollten.

Und dabei wurden die liquiden Mittel noch nicht einmal berücksichtigt.

Doch wenn wir uns die vor uns liegenden Investitionen der nächsten 8 Jahre vor Augen halten, kann einem schon ein bisschen schwindelig werden.

Und zu der erst kürzlich beschlossenen Investitionsstrategie ist die Ortskernentlastung für Gerlingen noch hinzuzurechnen. Diese hatte der Bürgermeister – obwohl in Gerlingen wohnhaft – wohl irgendwie vergessen!

Aber zurück zum Haushalt: Allein für 2022 reden wir von Investitionen in Höhe von rd. 16 Mio. €, für die nächsten Jahre sogar mit deutlich steigenden Summen.

Doch eines ist an dieser Stelle zu sagen:

Wir halten alle Investitionsmaßnahmen für geboten und richtig. Und ich bin mir sicher, wenn wir die Zukunft gestalten und die Gemeinde attraktiv halten wollen, dann müssen wir jetzt investieren. Gleichwohl ist die langfristige Handlungsfähigkeit der Gemeinde im Blick zu behalten. Und das werden wir tun, soviel ist sicher.

Es gehört sich zudem unseres Erachtens nicht, die einzelnen Investitionsmaßnahmen gegeneinander auszuspielen. Das ist unredlich und schürt nur unnötige Ängste.

Wir haben daher in der jüngsten Vergangenheit mit Erschrecken wahrgenommen, wie mit polemischen Versuchen das Schwimmbad in der Öffentlichkeit in Abrede

gestellt und Vorbehalte in der Bevölkerung geschürt werden sollen. In einer Bürgerversammlung wurde sogar die Gefahr heraufbeschworen, dass die Finanzierung der Ortskernentlastung in Gerlingen wegen des Schwimmbades gefährdet wäre.

Auf das Fehlen der Maßnahme Ortsumgebung Gerlingen in der Gesamtinvestitionsstrategie hat übrigens unser Fraktionsvorsitzender die Verwaltung in der letzten Sitzung des Rates hingewiesen, was zeigt, welche Bedeutung die UWG dieser für Gerlingen aber auch für die gesamte Gemeinde wichtigen Maßnahme beimisst. Ein Gegeneinanderaufrechnen der Maßnahmen verurteilen wir in aller Entschiedenheit.

Es sollte eigentlich einhellige Meinung sein, dass jede Maßnahme für sich gesehen sinnvoll, erforderlich und geboten ist. Egal, ob Feuerwehrgerätehaus, Schule, Schwimmbad oder Ortskernentlastung! Dies sehen zumindest Grüne, SPD und UWG so.

Auch wenn es der CDU nicht passt: Der Entschluss, ein neues Schwimmbad zu errichten, war und ist richtig. Das sieht nicht nur die Mehrheit im Rat so, sondern gefühlt auch die Mehrheit der Wendener Bevölkerung.

Kritiker – und Herr Bürgermeister dazu zählen auch sie - bemühen in diesem Zusammenhang immer die Zahlen von 10-14 Millionen für den Neubau eines Schwimmbades.

Dabei verschweigen sie jedoch wissentlich, dass auch die Renovierung des alten kleinen Planschbeckens Millionen gekostet und zudem unkalkulierbare Kostenrisiken beinhaltet hätte. Und zum Schluss hätten wir wieder nur ein kleines unattraktives Bad mit höheren laufenden Unterhaltskosten.

Und wenn hier Zahlen genannt werden, so möchte ich mal den Vergleich mit der Stadt Hemer bemühen:

Dort baut man aktuell ein neues Schwimmbad! Nicht allzu weit weg!

Zu den Rahmendaten:

- 25 x 12,5-Meter großes Mehrzweckbecken mit fünf Bahnen und Teilhubboden
- Ein zusätzliches Becken m L-Format (12,5 x 10 Meter)
- Startblöcke
- Vereinsraum
- Barrierefreiheit
- Eltern-Kind-Bereich mit Wassergewöhnungsbecken
- Drei-Meter und Ein-Meter-Sprunganlage

Ganz nebenbei mit 4,2 Millionen Euro Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ und zu derzeit geplanten Kosten für rd. 13 Mio. €. Nochmals, für ein wesentlich aufwändigeres Bad als das, was in Wenden überhaupt entstehen soll. Wie man hier in Wenden bereits zu Kostenschätzungen von 10-14 Mio. €, für ein wesentlich

kleineres Bad, ohne Eltern-Kind-Bereich, ohne Sprunganlage, ohne zusätzliches Lehrschwimmbecken, kommt, muss zumindest mal hinterfragt werden dürfen.

Herr Bürgermeister,
es wird Zeit, dass Sie ihren Parteikollegen in Hemer mal anrufen.

Auch wenn es Ihnen, Herr Bürgermeister, und der CDU schwerfällt:
die demokratischen Verhältnisse in der Gemeinde haben sich geändert. Der Beschluss zum Schwimmbadneubad steht. Und damit war es das zum Thema Schwimmbad! Punkt!

Kurz noch einige Sätze zum Haushalt:

Dass angesichts der aktuellen Situation und der Finanzausstattung unserer Gemeinde nicht an der Steuerschraube gedreht wird, ist richtig.

Ebenso begrüßen wir die Ausweitung des Personalhaushaltes. Vor allem die zwei neuen Stellen innerhalb der Bauverwaltung halten wir nicht nur für sinnvoll, sondern für zwingend geboten, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Der im regionalen Vergleich immer noch sehr schlanke Personalbestand könnte aus unserer Sicht durchaus noch einmal überdacht werden. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, Personal nicht zu überfordern. Daher sollte man in

Zukunft auch über weitere Einstellungen sprechen. Wir begrüßen daher die Anregung der SPD aus dem Haupt- und Finanzausschuss, den Stellenplan in einem halben Jahr mit der Zielrichtung zu überprüfen, ob die Verwaltung für die künftigen Herausforderungen personell ausreichend gerüstet ist.

Komme ich nun zu den Anträgen der UWG-Fraktion!

Ursprünglich hatte sich die Fraktion eigentlich auf die Fahne geschrieben, im Hinblick auf die vor uns stehenden Aufgaben keine weiteren Anträge zu stellen.

In der Diskussion kam jedoch der Bedarf von zwei Anträgen zum Vorschein, die ich nun vorstellen möchte.

1.

Offensichtlich hat die Verwaltung vergessen, das bereits beschlossene LEADER-Projekt des „BIGGE Wasserthemen und -erlebnisweges“ im Haushalt zu berücksichtigen.

Das Konzept liegt bereits fertig in der Schublade! Es konnte nur bislang auf Grund nicht mehr vorhandener Fördergelder verwirklicht werden.

Daher beantragen wir, dass im Haushalt insgesamt 100.000 Euro für die Umsetzung zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus nimmt die Verwaltung Kontakt zum LEADER-Regionalmanagement auf, um die Möglichkeit abzustimmen, das Projekt bereits im Bewerbungsverfahren zur zweiten Förderperiode zu verwenden.

Sollte dies nicht möglich sein, ist die Maßnahme unmittelbar nach einem erfolgreichen Bewerbungsverfahren voranzutreiben.

2.

Da Investitionsmaßnahmen insbesondere im Baubereich in der Vergangenheit oftmals mit Kostensteigerungen verbunden waren, soll die Verwaltung dem Gemeinderat bei allen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 250.000,-Euro zukünftig halbjährig Bericht über den aktuellen Stand der Maßnahme in zeitlicher und finanzieller Hinsicht erstatten. Bei ggf. absehbaren Überschreitungen des Kostenrahmens und/oder des Zeitplans hat die Verwaltung entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen zu erarbeiten und in die politische Beratung einzubringen.

Dies waren nicht nur unsere Anträge, sondern zugleich auch schon das Ende meiner ersten Haushaltsrede!

Wir bitten um Zustimmung!

Abschließend möchte ich dem Kämmerer der Gemeinde Wenden, Herrn Munschek, insbesondere dafür danken, dass er uns gemeinsam mit seinen Mitarbeiter*innen im Rahmen der Haushaltsklausur Rede und Antwort gestanden hat.

Wir wünschen der Beratung einen fairen und guten Verlauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit